

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 11

Artikel: Bildungspolitik und Gewerkschaften

Autor: Leuthy, Fritz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

neu belebt und in die Köpfe und Herzen der Unorganisierten hineingetragen werden. Nur so ist es möglich, die heute und morgen auf uns zukommenden Aufgaben in gewerkschaftlichem Sinne zu lösen. Ich rufe Euch deshalb zu: Steigt ein in diese schwere und schöne Aufgabe! Der Erfolg ist Euch sicher. Ernst Wüthrich, Bern

Bildungspolitik und Gewerkschaften¹

Die Gewerkschaften haben Bildungsfragen seit eh und je ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt. So leisteten sie beispielsweise auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung Pionierarbeit. Davon zeugen die zum Teil über hundertjährigen Arbeiterbildungsausschüsse und die noch älteren Arbeiterbibliotheken, aber auch die beträchtlichen Summen, welche die Gewerkschaften jährlich für die Bildungsarbeit aufwenden.

Sollte und könnte jedoch heute nicht noch mehr getan werden? Da wäre z. B. die Schaffung der immer noch fehlenden zentralen Gewerkschaftsschule. Die Gewerkschaften haben bis jetzt wohl auch zu wenig die Einheit unseres gesamten Bildungssystems und damit die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Bildungskonzeption betont. Sodann hat man in unsrern Reihen die Hochschulfragen allzu einseitig nur unter dem Blickwinkel der Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder gesehen, als ob der Weg zu einem breiten Allgemeinwissen nur über die Hochschule möglich wäre. Der Bildungsgrad eines Volkes hängt nicht so sehr davon ab, ob ein oder zwei Prozent mehr Jugendliche eine Hochschule absolvieren, sondern vielmehr vom allgemeinen Bildungsstand des ganzen Volkes. Wenigen Akademikern stehen ungleich mehr Arbeiter, Angestellte, Bauern, Techniker gegenüber. Sie alle sichern in ihrer Gesamtheit den politischen und wirtschaftlichen Weiterbestand unseres Landes.

Die Gewerkschaften sind bereit, am Ausbau einer fortschrittlichen Bildungspolitik mitzuarbeiten. Das Bundeskomitee wird eine

Kommission zum Studium bildungspolitischer Fragen

schaffen, wie das ein Antrag des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes verlangt. Diese Kommission soll

- das schweizerische Schulsystem im Hinblick auf die Berufsschulen, die Mobilität der Arbeitnehmer und den Zugang für Arbeiterkinder zur höheren Schulbildung untersuchen;

¹ Gekürzte Fassung des Referates, gehalten am Gewerkschaftskongress vom 16. bis 18. Oktober 1969 in Montreux.

- die verschiedenen Vorschläge betreffend Reform der Berufsschulen und der beruflichen Ausbildung überprüfen;
- eventuell eine Konzeption für eine gewerkschaftliche Bildungspolitik entwerfen.

Die Träger unseres Bildungssystems

Die *Volksschule* ist erste Etappe des Bildungsweges. Ihre Reform ist dringlich, nur schon im Hinblick darauf, wie sehr heute die Mobilität des Arbeitnehmers mit schulpflichtigen Kindern wegen der unterschiedlichen Struktur unserer Volksschulen behindert ist. Neben der Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns und des Schuleintrittsalters, der gleichen Schuldauer und gleichen Schulstufen müssen auch die Anzahl der Schulstunden angeglichen sowie die Lehrpläne und Lehrmethoden vereinheitlicht und modernisiert werden.

Der Gewerkschaftsbund unterstützt alle fortschrittlichen Bestrebungen auf diesem Gebiet. Er erwartet von den Kantonen, dass sie diese Fragen bis spätestens 1972 auf dem Konkordatsweg gelöst haben.

Unsere Volksschulen und unser ganzes übriges Bildungswesen müssen auch im Hinblick auf eine wirkliche Demokratisierung der Bildungschancen überprüft werden.

Das eigentliche Bildungsziel

Es stimmt nachdenklich, wenn mehr als die Hälfte der Arbeiterkinder, die in der Volksschule zu den Spitzenschülern gehören und die auf Grund ihrer Zeugnisnoten sogar prüfungsfrei in ein Gymnasium überreten könnten, diese Chance nicht wahrnimmt. Die Gründe dafür können nicht in erster Linie finanzieller Natur sein, sie liegen vielmehr im Fehlen kultureller und intellektueller Anregungen im häuslichen Milieu. In der Schule wird die Sprache des gebildeten Bürgertums gesprochen. Das Arbeiter- und Bauernkind braucht eine gewisse Anlaufzeit, um da mitzukommen. Es kann zu Hause auch nicht mit der gleichen Hilfe bei den Aufgaben rechnen wie ein anderes Kind. Der Ansporn, das Gymnasium zu besuchen, fehlt meistens. Man ist eben eine Arbeiterfamilie, da brauchen die Kinder nicht zu studieren.

Die Schule tut kaum etwas zur Beseitigung dieser Hemmnisse. Auch der Lehrer rät einem intelligenten Arbeiterkind nicht ohne weiteres zum Gymnasium, während er diesen Weg bei einem auch nur durchschnittlich begabten Akademikerkind als selbstverständlich betrachtet.

Die Aufgabe der Schule darf sicher nicht nur darin bestehen, im Kind Wissen anzuhäufen und es auf das spätere Wirtschaftsleben vorzubereiten.

Sie muss sich dafür einsetzen, im Kind all jene Fähigkeiten zu entwickeln, die es später zu seiner menschlichen Entfaltung braucht. Dazu gehört vor allem eine Lebens- und Charakterschulung. Die Erziehung muss auf den geistig und körperlich aktiven, selbständigen denkenden und solidarisch handelnden Menschen abzielen.

Nach Absolvierung der Volksschule treten etwa 6 bis 10 Prozent der Jugendlichen in eine Mittelschule über, während sich ein grosser Teil – 70 Prozent der Knaben und etwas über 30 Prozent der Mädchen – für eine

Berufslehre

entscheidet. Bereits bei der Berufswahl zeigen sich Schwierigkeiten. Die technische Entwicklung hat zu einer unüberschaubar werdenden Vielfalt von Berufen geführt. Damit sich der Jugendliche richtig entscheiden kann, muss er jedoch Einblick in diese Vielfalt von Möglichkeiten erhalten. Neben der Berufsberatung versucht auch die Volksschule, hier helfend einzugreifen, indem sie die Schüler grosso modo mit der Berufswelt vertraut macht und Berufswahlklassen schafft.

Damit der Uebergang von Volksschule zur Berufslehre so harmonisch wie möglich verläuft, muss aber noch mehr getan werden: Verlängerung der obligatorischen Schulpflicht und Einführung eines Pflichtfaches «Berufsvorbereitung».

Es fragt sich, ob nicht auch bei uns die Schaffung eines sogenannten Berufsforschungsinstituts nützlich wäre, wie es seit einigen Jahren in den Niederlanden existiert. Es untersucht auf wissenschaftlicher Basis Berufsentwicklungen über Jahre hinweg.

Was die eigentliche berufliche Ausbildung anbetrifft, so darf die Berufslehre nicht nur als Fachlehre gewertet werden, sie darf den jungen Menschen nicht nur einseitig auf seinen Arbeitsplatz abrichten, sondern hat auch die allgemeine Bildung weiterzuführen. Doch sollten die jungen Leute dafür nicht ihre Freizeit opfern müssen.

Die Allgemeinbildung muss einen Bestandteil der Lehrzeit schlechthin ausmachen, und es ist ihr bedeutend mehr Zeit einzuräumen als bis jetzt.

Während eine Minderheit der Jugendlichen, d. h. die Mittelschüler, in den Genuss all dessen kommt, was der Mensch zu seiner vollen geistigen und körperlichen Entwicklung braucht, muss sich der

Lehrling in Freifächern mit einem Minimum begnügen, und das bei drei- bis viermal weniger Ferien und Freizeit.

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass das Recht auf eine Ausweitung des allgemeinbildenden Unterrichts allen – und nicht nur einer kleinen Elite – zugesichert ist.

Fortschrittliche Lehrlingsausbildner der Industrie sind übrigens durchaus der gleichen Meinung. Doch immer wieder werden die Forderungen nach vermehrtem allgemeinbildenden Unterricht oder nach Einführung des Lehrlingsturnens mit dem Argument «Zeitmangel» abgetan. Die fachliche Ausbildung erlaube einfach nicht mehr als einen Tag pro Woche Berufsschule. Der Grund für diese Haltung liegt vor allem darin, dass man mit dem Stift eben vielerorts noch ein einträgliches Geschäft machen will: Was während des ersten Lehrjahres an Arbeitsaufwand, Geduld und Verschleissmaterial für den Lehrling investiert werden musste, soll sich im dritten und vierten Lehrjahr lohnen. Wir meinen: Nicht der Lehrling soll es dem Meister lohnen, sondern der spätere Fachmann rechtfertigt die Investitionen vollauf.

Sowohl die Wirtschaft braucht in Zukunft den breiter geschulten Fachmann als auch unser Land, das denkende und verantwortungsbewusste Bürger nötig hat.

Auf die **Mittel- und Hochschulen** und andere höhere Schulstufen gehe ich nicht näher ein, da darüber ja genügend berichtet wird. Ich weise jedoch auf verschiedene Forderungen des Gewerkschaftsbundes in diesem Sektor hin, vor allem auf eine **bessere Stipendienregelung**:

Eine moderne Stipendienordnung muss so einfach wie möglich funktionieren und jeglichen Anstrich einer Almosenspende verlieren.

Gesuchsteller, die eine gewerbliche, kaufmännische oder technische Ausbildung anstreben, müssen nach den gleichen Massstäben gemessen werden wie Hochschulstipendiaten. Große Aufmerksamkeit ist sodann dem Ausbau der höheren Schulen zu schenken, besonders in Regionen, die diesbezüglich bis jetzt benachteiligt waren. Denn mit wachsender Entfernung vom Studienort nimmt auch die finanzielle Belastung zu, die meistens nur ungenügend durch Stipendien gedeckt werden kann. So nimmt das Bundeskomitee den Antrag des Luzerner Gewerkschaftskartells entgegen:

Der Gewerkschaftsbund hat sich bei den Bundesbehörden dafür einzusetzen, dass in finanzschwachen Regionen der Bau und Be-

trieb von notwendigen neuen Hochschulen vom Bund ermöglicht wird.

Dabei ist aber die Koordination des gesamten Hochschulwesens zu beachten. Wichtig ist ferner die Schaffung neuer Mittelschulen, auch in abgelegeneren Regionen.

Die Erwachsenenbildung

Unsere Industriegesellschaft entwickelt sich so rasant, dass niemand mehr bis ans Ende seines Lebens mit seiner Schulbildung auskommt. Jedermann, ob Arbeiter oder Akademiker, bedarf heute einer allseitigen lebenslangen Bildung. Nun ist das Angebot zur Weiterbildung zwar bereits beträchtlich, aber vielen fehlt es an der nötigen Zeit. Das heutige hektische Arbeitstempo verlangt eine immer grössere Spanne zur körperlichen und geistigen Erholung. Nach einem langen Arbeitstag ist der Arbeitnehmer kaum mehr imstande, sich anstrengender Bildungsarbeit zu widmen. Soll er sich weiterbilden, so muss ihm die nötige Zeit dazu zur Verfügung gestellt werden. Deshalb hat der Gewerkschaftsbund schon vor einiger Zeit die Einführung eines

Bildungsurlaubs

postuliert. Das Parlament wird bei der Behandlung der Revisionsanträge zum zehnten Titel des OR Gelegenheit haben, dieses Postulat zu unterstützen. Kollege Ernst Wüthrich hat in der vorberatenden nationalrätslichen Kommission den entsprechenden Minderheitsantrag eingereicht.

Neben den Gewerkschaften setzen sich auch fortschrittliche Arbeitgeber für die Weiterbildung der Arbeitnehmer ein. So wurde kürzlich eine Verabredung zwischen dem SMUV und dem Arbeitgeberverband der Maschinen- und Metallindustrie über die «Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für berufliche Weiterbildung» getroffen.

Die Gewerkschaften verlangen mindestens 1 Woche bezahlten Bildungsurlaub zum Besuch von gewerkschaftlichen Schulungskursen, beruflichen Fort- und Weiterbildungskursen und allgemeinbildenden Kursen.

In diesem Sinne werden die Aufträge des Bau- und Holzarbeiterverbandes und des Genfer Gewerkschaftskartells entgegengenommen.

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, den arbeitenden Menschen ein sinnerfülltes Leben zu ermöglichen. Eine der Hauptbedingungen dazu ist ein Bildungssystem, in dem jedem nach seinen Fähigkeiten auf jeder Stufe die bestmögliche Bildung zukommt, auf dass er sich als Mensch voll entfalten kann. Fritz Leuthy, Bern